

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlessen (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 6.— M. Durch Austräger 30.— M. pro Woche. Durch die Post 30.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 5.— 6 Nachm. Produktivgenossenschaft f. d. Provinz Schlessen, c. G. m. b. H., Breslau. Postfach Nr. 31059. — Fernsprech-Anschluss: Ring Nr. 8887.

Freitag, 6. Oktober 1922

Anzeigenpreise: Die 8 gespaltene Millimeterzeile über deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsgefühle, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2.50 M. Nicht Anzeigen per Wort 1.50 Mark. — Reklame: Die Millimeterzeile 8 gespaltene über deren Raum im Text 30.— M.

Was tut die USPD?

Rede des Genossen Kilian im Preussischen Landtag

Herr Rabold, der hier gestern für die USPD sprach, ist von seiner Fraktion vorgeschickt worden, damit er die Meinung torschlage, die er früher vertreten hat. Durch seine Rede hat sich die große Heuchelei der sozialdemokratischen Politik von neuem offenbart. Er hat zunächst den Versuch gemacht, die Bewegung der Betriebsräte auf Bildung von Kontrollausschüssen zu diskreditieren. Rabold erklärte, es habe keinen Zweck, den Handel auf Preiswucher zu kontrollieren. Dabei heißt es in der großen Anfrage der USPD ausdrücklich: „Welche Maßnahmen sind insbesondere getroffen, um dem vielerorts sich zeigenden Wucher mit den notwendigen Lebensmitteln und Bedarfsartikeln zu begegnen?“ Das soll doch heißen, daß der Handel Wucher treibt. Wie kann man sich aber dann dagegen wenden, daß die Arbeiter selbst Organe zur Kontrolle der Warenverteilung einsetzt? Der Kampf der USPD gegen die Bewegung für die Kontrollausschüsse ist der Kampf gegen die Betriebsräte, die ihre Aufgaben erweitern wollen zu einer Kontrolle der Produktion und des Vertriebs der Waren. (Zuruf: Wir wollen keine wilden Betriebsräte!) Das wissen wir, Ihr wollt ja keine Betriebsräte, solche, die aus der Hand der Regierung und der Unternehmer streifen. Im entgegengegesetzten Sinne wollen wir allerdings wilde Betriebsräte haben. Rabold hat wirklich alles vergessen, was in seiner „Freiheit“ gestanden hat. Einst schrieb sie:

„Der Kapitalismus hat während und nach dem Kriege bei ungeheurer Material- und Menschenvergeudung eine namenlose Steigerung der Profite entwickelt. Die an die größten Gewinnziffern gewöhnten Unternehmer kennen in ihrem Profitthunger keine Schranken. Die Lebenshaltung des Produzierenden und konsumierenden Volkes ist unerträglich geworden. Jeder ökonomisch Denkende muß zu der Erkenntnis gekommen sein, daß die bisherige Wirtschaftsform nicht in der Lage ist, auch nur einigermaßen geordnete und erträgliche Lebensverhältnisse zu schaffen. Wir brauchen neue Formen. Zur Erreichung dieses Zieles muß sich das Proletariat aller ihm jeweils zur Verfügung stehenden Kampfmittel bedienen. Neben der Ueberleitung der zunächst sozialisierungsreifen Industrien in die Bedarfswirtschaft ist die Kontrolle der gesamten kapitalistischen Produktion und Warenverteilung die dringlichste Gegenwartsaufgabe des Proletariats. Zu ausführenden Organen sind die Betriebsräte in erster Linie berufen.“

Rabold wettet gegen die Betriebsräte und Kontrollausschüsse, er schimpft auf Sowjetrußland, um von dem schmachvollen Unfall seiner Partei in der Frage der Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide abzulenken. Die Partei, die bisher so laut Rein geschrien hat, wird kapitulieren vor der agrarischen Wucherpolitik. Grundsätze haben Sie schon lange nicht mehr. Ihr Aktionsprogramm ist nur auf die Täuschung der Arbeitermassen berechnet.

Die USPD redet von Sozialisierung, Betriebsräten, Kontrolle der Produktion, Gemeinwirtschaft, Sozialismus. An die Verwirklichung denkt man gar nicht. Diese Dinge sind nur ein Wandschirm, den man aufbaut, um die Schandtat der Koalitionspolitik vor dem arbeitenden Volke zu verbergen. (Der Präsident rügt diese Kritik.)

Und was ist in Rußland geschehen? Es ist ganz selbstverständlich, daß in Rußland gegenwärtig noch nicht der Kommunismus in seiner wirklichen Form organisiert ist. Aber jeder ehrliche Politiker, der sich zur richtigen Beurteilung geschichtlicher Entwicklungsstadien aufschwingen kann, muß zugeben,

daß die russischen Kommunisten seit den Gewaltengriffen das getan haben, was sie dem russischen Volke in Programmen und Propaganda vorher versprochen hatten.

Sie haben das kapitalistische System und die Ausbeutung beseitigt. Daß sich diese politischen Maßnahmen nicht auswirken konnten, daß es bisher nicht möglich war, genügende Kräfte bereitzustellen, um das

kapitalistische System auf der ganzen Linie zu zerschlagen und an seine Stelle das sozialistisch-kommunistische System zu setzen, lag an der Zerrüttung durch den Krieg und durch die schweren Kämpfe, die Sowjetrußland gegen den inneren und äußeren Feind drei Jahre lang hat führen müssen, lag zuletzt an der großen Hungertatstrophe an der Wolga. Jeder Mensch, der ehrlicher ist als Sie (zur USPD), wird die Richtigkeit dieser Behauptung zugeben. Doch es soll Ihnen nicht gestattet sein, Ihre Schandtat noch länger zu verbunkeln mit dem fortgesetzten Hinweis darauf, daß das, was wir in Deutschland verlangen, in Rußland noch gar nicht durchgeführt sei. Wenn der Kommunismus in Rußland noch nicht vollkommen ist, so sollten wir deutschen Arbeiter gerade desto stärker unseren sozialistischen Willen betätigen und unsere sozialistischen Pläne vertreten. Gerade weil feststeht, daß in Rußland die Schwierigkeiten der Arbeiterregierung groß sind, so groß, daß auf kapitalistische Hilfe zurückgegriffen werden muß, müßten wir in Deutschland die Kräfte des Proletariats verhundertfachen, um den russischen Arbeitern zu Hilfe zu kommen. (Sehr gut! b. d. Komm. Händeklatschen auf der Tribüne, was vom Präsidenten gerügt wird.)

Die USPD befragt die Geschäfte der Antikapitalistischen Liga

Sie legt das traurige Handwerk der rußlandfeindlichen Schimpf- und Verdächtigungspolitik fort, zu dem man ihr vor Jahren den Auftrag gegeben hat, als sie gewisse Gelder bekam. Sie behaupten immer, Gegenwartspolitik zu treiben und merken gar nicht, daß Ihre Auftraggeber von der Liga die Methoden, die Sie heute noch vertreten, längst preisgegeben haben. Die ganze Welt anerkennt Sowjetrußland, nur Sie tuten noch immer in das Horn der Antikapitalistischen Liga, schlimmer wie die deutschnationalen Rußlandfreier. Wenn Sie jetzt behaupten, die Konzeptionspolitik der neuen Ära sei kapitalistenfreundlich, so ist das wiederum nichts als maßlose Uebertreibung. 95 Prozent der russischen Arbeiter sind heute noch in Staatsbetrieben beschäftigt. Die von Ihnen als kapitalistische Unternehmung demunzierten neuen Betriebe bestehen meist aus kommunistischen Arbeitern und Bauern, die sich zu Genossenschaften zusammengeschlossen haben. Der Ernst in Rußland ist etwas ganz anderes als hier in Deutschland. Und wenn Rabold gestern aus dem Urquhardtvertrag zitiert hat, so verschwieg er offensichtlich das, was seine Ausführungen sofort als glatten Schwindel charakterisiert hätte. In dem genannten Vertrage steht ausdrücklich, daß die englische Gesellschaft 8 Prozent des Bruttoumlages, etwa die Hälfte des Reingewinns, an den russischen Staat abzuliefern hat. In dem Vertrag steht weiter ausdrücklich, daß die Gesellschaft alle Geleise der Sowjetrepublik anerkennt, selbstverständlich auch diejenigen, in denen die Rechte der russischen Arbeiter und ihrer Räte festgelegt sind. (Hört, hört, b. d. Komm.) Weisen Sie mir einmal einen Kapitalisten in Deutschland nach, der das tut, insbesondere einen, der die Hälfte seines Reingewinns an das Reich abführt! Rabold hat mit seiner gestrigen Rede gezeigt, daß er Herrn Arthur Giespien gefolgt ist, der einst in der „Freiheit“ schrieb:

Die rechtssozialistische Presse, voran der „Vorwärts“, ist zur feilen Dirne reaktionärer Kräfte geworden.

Die Herren Giespien und Rabold haben sich jetzt zu dieser feilen Dirne „Vorwärts“ ins Gebett gelegt. (Heiterkeit. Der Redner erhält einen Ordnungsruf.)

Mannigfache Erklärungen haben die Redner in dieser Debatte zum Besten gegeben über die Ursachen der Steuererhöhung. Man sagt, daß die Arbeiter schuld seien, die geringe Produktion, die hohen Löhne, der Friedensvertrag und anderes. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß die Leistungen der deutschen Industrie- und Arbeitererschaft nach Mitteilungen der „Frankfurter Zeitung“ den Friedensstand wieder überschritten haben, insbesondere im Bergbau. Zu dem Vorwurf der

hohen Löhne ist zu sagen, daß schätzungsweise im verfloßenen Jahre

die deutschen Arbeiter 2600 Milliarden Lohn zu wenig bekommen haben,

an den Indizes gemessen. Die Arbeiter erkennen immer deutlicher, daß Wucher und Ausbeutung ein raffiniertes System der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft zur Wiederherstellung ihrer wirtschaftlich politischen Macht sind. Ein Teil des kapitalistischen Besitzes ist durch den Krieg vernichtet worden, das Ergebnis war der Verlust der politischen Gewalt und die Ergreifung der Staatsgewalt durch die Arbeiter in den Revolutionen 1918 hätten die deutschen Arbeiter die Aufgabe gehabt, diese Macht gegen den Kapitalismus sicherzustellen und im Kampf zu erweitern. Aber die Sozialdemokratie ist dem revolutionären Proletariat bei dieser Arbeit in den Rücken gefallen.

Das Kostensystem war der entscheidende Stützpunkt der Bourgeoisie zur Wiedereroberung der politischen Macht und zur Wiedergewinnung der Ausbeutungsmöglichkeiten durch den Kapitalismus.

(Sehr richtig! b. d. Komm.) Nur weil die Sozialdemokratie mit dem Bürgertum im Bunde gewesen ist, hat sich der Kapitalismus über alle gesetzlichen Schranken hinweg durchschlagen können.

Nur dadurch, daß die Sozialdemokratie die deutsche Arbeitererschaft an den Kapitalismus verraten hat, ist diese so einflußlos geworden, daß sich Schieber und Wucherer bei der Ausbeutung des Proletariats alles erlauben dürfen. Weil dies im System wurzelt, deshalb ist mit den Methoden, die Sie (zur USPD) den Arbeitern empfehlen, kein Erfolg zu erzielen. Stimmes kann nicht bekämpft werden, wenn man sich zusammen mit ihm an einen Tisch oder in seine Regierung setzt. Ein Weg bleibt nur übrig, für den deutschen Arbeiter, um das System der schrankenlosen Ausbeutung zu beseitigen.

Sie müssen die proletarische Revolution von neuem an dem Punkt beginnen, wo sie verlassen, verraten worden ist.

Die Rechte der Betriebsräte müssen in dem Sinne erweitert werden, wie es jetzt gefordert wird. Kontrollausschüsse müssen allüberall von den Arbeitern eingesetzt werden, auch wenn sie den Segen der Regierung und der Regierungssozialdemokratie nicht bekommen. Die deutsche Arbeitererschaft wird nicht nachlassen in dem begonnenen Kampf, sie wird ihn führen, allen Widerständen zum Trotz bis zum Siege. (Bravo b. d. Komm.)

Die USPD für den Brotwucher.

Wie der „Sozialdemokratische Parlamentsdienst“ mitteilt, haben sich die sozialdemokratischen Minister bei der Abstimmung über die Regierungsvorlage zur dreifachen Erhöhung des Umlagepreises im Reichskabinett der Stimme enthalten. Der „Vorwärts“ erklärt, daß die Stimmenenthaltung eine Folge des am Montag von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gefaßten Beschlusses sei, an der Höhe des Umlagepreises für das erste Drittel festzuhalten.

Die Stimmenenthaltung der sozialdemokratischen Minister bei dieser Abstimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion beleuchtet aufs beste die ganze Situation. Diese Minister hatten offenbar die Absicht, direkt für die Brotpreiserhöhung zu stimmen. Der Beschluß ihrer Fraktion, der aus demagogischen Gründen gefaßt wurde, und hinter dem keineswegs der Wille steht, einen ernstlichen Kampf gegen die Volksbewucherung zu beginnen, verhinderte sie, sich von vornherein offen auf die Seite der Agrarier zu stellen. Sie enthielten sich der Stimme, weil sie auch nicht gegen die Vorlage stimmen wollten. Sozialdemokratische Minister, die nicht einmal im engsten Kreise des Reichskabinetts wagen, gegen einen unerhörten Plan zur neuen Volksbewucherung zu stimmen: Eine schöne Illustration zu den „Erfolgen“ der Koalitionspolitik.

Das Reichsmietengesetz und seine Wirkungen.

Von Rechtsanwalt Simon-Breslau.

Während auf allen Gebieten die Zwangswirtschaft abgebaut ist, und hierdurch dem Wucher Tür und Tor geöffnet wurde, hat man es bisher lediglich auf dem Gebiete des Wohnungswezens noch nicht gewagt, der Zwangswirtschaft ein Ende zu machen, und zwar weil man sich eben sehr wohl bewußt ist, daß durch diese Abschaffung das Elend vergrößert und die Erbitterung der werktätigen Bevölkerung ins Unermeßliche gesteigert würde. Die Hausbesitzer verlangen nämlich die Steigerung der Miete nach dem Goldwert, d. h. um das 400fache. Es würde also ein Arbeiter, der im Frieden 25 Mark monatlich Miete gezahlt hat, damit 10000 Mark monatlich Miete zahlen müssen. Dies würde natürlich zu einer völligen Verelendung der Massen führen, während andererseits die Hausgratier ihre Werte ins Unermeßliche vermehren würden.

Die Regierung hat daher aus Angst vor der Arbeiterschaft die Zwangswirtschaft vorläufig noch aufrecht erhalten, hat aber durch das Gesetz über die Regelung der Mietzinnsbildung oder kurz „Reichsmietengesetz“ bereits einen Schritt zum Abbau der Zwangswirtschaft getan und den Hausbesitzern und Kapitalisten zu einem großen Erfolge verholfen.

II

Das Reichsmietengesetz ist ein sogenanntes Rahmen-gesetz. Es stellt lediglich bestimmte Grundsätze fest, überläßt aber den einzelnen Landesregierungen und den Kommunen, innerhalb dieser Grundsätze Ausführungsbestimmungen und Verordnungen zu erlassen.

Das Reichsmietengesetz regelt in der Hauptsache die Mietzinnsbildung. Es betrifft nicht die Fragen der Kündigung u. dgl., befreit also nicht die Mieterkündigung, sondern es tritt neben diese und ergänzt sie, auch insofern die jetzige Verordnung zum Schutze des Mieters in der geplanten Weise erregt wird.

Im Grundgedanken und im Aufbau, ähnlich der preussischen Höchstmietverordnung, (welche vom Infrastreifen des Reichsmietengesetzes ab gegenstandslos ist), weicht das Reichsmietengesetz doch in wesentlichen Grundsätzen und in vielen Einzelbestimmungen von der preussischen Höchstmietverordnung ab. Es bringt Vorschriften über die Bemessung des Mietpreises für Wohnungen Geschäftsräume aller Art, die von dem früheren Recht erheblich abweichen. Nach dem bürgerlichen Gesetzbuch gilt nämlich für das Mietverhältnis wie für alle sonstigen Verträge der Grundsatz der Vertragsfreiheit d. h. Vermieter und Mieter können jeder durch eine einseitige Willenserklärung (die Kündigung) unter Beobachtung bestimmter Fristen das Mietverhältnis beenden. Und ebenso unterliegt die Bemessung des Mietzinses dem freien Belieben der Parteien.

Das Reichsmietengesetz läßt zwar im Prinzip die Vertragsfreiheit bestehen, durchbricht aber diesen Grundsatz in mehrfacher Hinsicht. Es sieht zunächst vor, daß bei Mietverträgen aller Art jede Vertragspartei durch schriftliche Erklärung an den Vertragsgegner jederzeit herbeiführen kann, daß an die Stelle der vertraglichen Miete, die Miete nach dem Reichsmietengesetz, oder kurz gesagt die gesetzliche Miete tritt. Diese Erklärung hat dann in Bezug auf die Mietzinsberechnung Wirkung von demjenigen Zeitpunkt ab, für welchen die Kündigung nach § 565 B. G. B. zulässig sein würde. Darin liegt, daß auch bei langfristigen Verträgen, die für eine Reihe von Jahren abgeschlossen sind, noch während der Dauer der Verträge die Mieten nach den Vorschriften des Reichsmietengesetzes festgesetzt werden können. Die Kündigung selbst kann nicht erfolgen. Der Vertragsinhalt im übrigen und die Vertragsdauer bleiben also unberührt, doch kommen bei Umwandlung des vertraglichen in den gesetzlichen Mietzins etwaige vertragliche Verpflichtungen auf Nebenleistungen, die über den Inhalt der gesetzlichen Mietzinspflichten hinausgehen z. B. (der Mieter hatte alle laufenden Instandsetzungsarbeiten oder die Zahlung gewisser öffentlich rechtlicher Abgaben übernommen) in Wegfall, sofern diese Übernahme bei der Bemessung des Mietzinses von Einfluß war.

Außerdem hat die Gemeindebehörde das Recht, durch das Mietzinsengangsamt die Mietzinsvereinbarungen nachprüfen zu lassen. Das Mietzinsengangsamt hat, wenn der vereinbarte Mietzins im Vergleich zu dem gesetzlichen eine schwere Unbilligkeit für einen Vertragsstil darstellt, an Stelle des vereinbarten Mietzinses den gesetzlichen festzusetzen. Eine solche Nachprüfung kann auch dann stattfinden, wenn der bisherige Mietzins durch das Mietzinsengangsamt festgesetzt oder auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zu berechnen war.

Die oberste Landesbehörde kann eine solche Pflicht zur Nachprüfung und Festsetzung durch das Mietzinsengangsamt auch allgemein für das ganze Land oder einzelne Teile anordnen. Sie kann auch nach Anhörung des Reichsarbeitsministers anordnen, daß der gesetzliche Mietzins für alle Mietverhältnisse gelten soll.

Nachdem die Parteien sich über die Höhe der gesetzlichen Miete nicht einigen, so entscheidet auf Antrag des Vermieters oder des Mieters das Mietzinsengangsamt. (Fortsetzung folgt.)

Für den Reichsbetriebsrätekongreß

Das Halleische Proletariat demonstrierte am Montag nach Arbeitsloshaus auf dem Marktplatz gegen die Verelendung und den Reichsbetriebsrätekongreß. Viele tausende Arbeiter, zum Teil ganze Betriebe geschlossen, marschierten auf, um der Stimme der

Rußlands Hunger ist nicht Deutschlands Hunger?

Rußlands Hunger ist die Folge der kapitalistischen Blockade durch alle Mächte und die Folge einer ungeheuren Naturkatastrophe.

Deutschlands Hunger ist die Folge der Ausplünderung der werktätigen Massen durch die Agrarier, Schieber und andere „Patrioten“ und die Folge eines völligen Verjagens der verantwortlichen Regierung.

Rußlands Hunger konnte durch die Tatkraft der Arbeiterregierung in kurzer Zeit bereits derart gemildert werden, daß der Ausstieg des Landes selbst von dem Blindesten erkannt wird.

Deutschlands Hunger führt unter der heutigen Regierung rettungslos ins Verderben, hat doch der Zentrumstribun im Preussischen Landtag zugegeben, daß in diesem Winter in Deutschland 300tausende Hungers sterben müssen.

Rußlands Hunger betraf in gleicher Weise die gesamte Bevölkerung — außer den Kindern, Kranken und Schwachen, für die der kommunistische Staat in erster Linie sorgte.

Deutschlands Hunger betrifft gerade die „Besten“, nämlich die Arbeiter, Beamten, Kleinrentner und deren ganze Familien, während die Schieber und Wucherer schlennen und prassen.

„Rußlands Hunger“ hat nicht verhindert, daß der Proletarierstaat eine Weltmacht ersten Ranges wurde, so daß man mit dem „russischen Beispiel“ niemand mehr schrecken kann.

Deutschlands Hunger bringt das Land derartig auf den Hund, daß es nicht einmal mehr die Kraft aufbringt, Sowjetrußland anzuklaffen.

Arbeiter! Beamte! Hausfrauen! — zieht die Folgerungen:

Rußlands Hunger ist nicht Deutschlands Hunger! Aber der Weg des russischen Proletariats wird der Weg des deutschen Arbeiters sein!

Halleschen Arbeiterschaft gehör zu verchaffen. Einmütig schloß man sich den Forderungen der Berliner Betriebsrätevollversammlung an. Aus der Masse heraus wurde eine Delegation gewählt, die ins Rathaus geschickt wurde, wo zur gleichen Zeit die Stadtverordnetenversammlung tagte. Trotzdem die Bürgerlichen und die SPD, die Vorlesung der Delegation zu sabotieren suchten, gelang es dennoch durchzudringen, daß die Delegation vor der Stadtverordnetenversammlung die Forderungen der Arbeiterschaft vertreten konnte. Die Delegation forderte im Auftrag der Massen Anerkennung des Halleischen Kontrollausschusses und sofortige Bewilligung von 20 Millionen Beihilfe für die hungernden Armen. Die Demonstration war ein voller Erfolg für die Halleische Arbeiterschaft und ein Beweis für die Stärke der Betriebsrätebewegung in Mitteldeutschland.

Auch in Chemnitz fand am Montag nach Arbeitsloshaus eine gewaltige Demonstration statt. Viele Tausende von Arbeitern waren dem Ruf der provisorischen Kontrollausschüsse gefolgt um gegen die Leuerung, für Landes- und Reichsbetriebsrätekongreß zu demonstrieren. Der Erfolg der Demonstration war um so bedeutender, als die SPD, und die Gewerkschaftsinstanzen sich in ganz außerordentlicher Weise angestrengt hatten, um die Demonstration zu sabotieren.

In einer von Hannoverischen Betriebsräten einberufenen, überaus gut besuchten Demonstrationssammlung nahm am Sonntag die Hannoverische Arbeiterschaft zum Reichsbetriebsrätekongreß Stellung. Betriebsräte der größten Hannoverischen Betriebe forderten die Arbeiter unter stürmischer Zustimmung auf, sich überall für die Durchführung der Wahlen zum Betriebsrätekongreß im Betrieb einzusetzen. Auch ein Mitglied der SPD sprach für den Kongreß. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, in der die Hannoverische Arbeiterschaft angefordert wird, auch in den Betrieben die Wahlen vorzubereiten, wo sich die Betriebsräte weigern sollten, die nötigen Maßnahmen zu treffen.

Die Berliner Gewerkschaftsfunktionäre für den Reichsbetriebsrätekongreß.

Die gestern, am 3. Oktober, von der Berliner Gewerkschaftskommission, und dem Afa-Bund, Ortstarell Berlin, einberufene Versammlung der Berliner Gewerkschaftsfunktionäre in der Königsbaan nahm zu der Finanzierung der Warenverteilungsstelle der Gewerkschaften Stellung. Der Referent Fritz Schmidt machte den Vorschlag, zur Beschaffung des nötigen Betriebskapitals der Warenverteilungsstelle von jedem Gewerkschaftsmitglied einen Beitrag von 20, 50 und 100 Mark erheben zu lassen. Die Versammlung stellte sich jedoch in ihrer überwiegenden Mehrheit auf den Standpunkt, daß angesichts des mangelhaften und hemmungslosen Preiswuchers der kapitalistischen Produzenten die Gewerkschaftsmitglieder nicht in der Lage sind, mit Beiträgen das mit der Selbstverwaltung notwendige anwachsende Geldbedürfnis der Warenverteilungsstelle zu befriedigen, daß dieser Versuch, der Ausplünderung des Konsumenten zu begegnen, absolut unzureichend und wirkungslos bleiben muß. Darum müsse das Uebel an der Wurzel gepackt werden und der

Kampf um die proletarische Kontrolle der Produktion angenommen werden.

In einer mit übergroßer Mehrheit angenommenen Entschließung stellten die Berliner Gewerkschaftsfunktionäre fest, daß die Verelendung der Arbeiterschaft ihre verzweifelte wirtschaftliche Notlage die Folge der Energielosigkeit und Untätigkeit der Gewerkschaftsführer ist. Indem sie verlangen, daß die Gewerkschaftsführer gemeinsam mit den Betriebsräten den Kampf gegen Fälschung und Papiergeldbetrug aufnehmen, beglückwünschten die Berliner Gewerkschaftsfunktionäre den „Eisernen Brief“ des Fünfzehnerausschusses der Betriebsräte und die Einberufung des Reichsbetriebsrätekongresses.

Die SPD-Fraktion im preussischen Landtag beantragt:

Der Landtag wolle zur Behebung der Notlage des Proletariats beschließen:

- 1) Alle staatlichen Steuern, Abgaben, Gebühren, Mieten, Preise usw. sind nach Einkommen und Kinderzahl unter schärfster Heranziehung der Besitzenden und Freilassung aller derer, deren Einkommen unterhalb des Existenzminimums bleibt, zu staffeln.
- 2) An alle Schwangeren, Wöchnerinnen und Säuglingen des Proletariats sind unentgeltlich Milch, Nahrungsmittel und Wäsche zu liefern. Die Entbindungskosten für Proletarierinnen werden vom Staate getragen.
- 3) Alle Schulkinder des Proletariats genießen unentgeltliche Ernährung und Kleidung, Schulgeld, Fern- und Lehrmittelfreiheit.
- 4) Alle Erwerbslosen, Kriegsoffer, Sozialrentner und die übrigen Opfer des Kapitalismus erhalten neben den auf das Existenzminimum zu erhöhenden Renten, Lebens-, Bekleidungs- und Heizmittel zu ermäßigten Preisen.
- 5) Die Totenbestattung ist für alle Angehörigen des Proletariats unentgeltlich.
- 6) Die Gemeinden des preussischen Staates sind verpflichtet, die vom Proletariat zur Bekämpfung des Massenelends eingesetzten öffentlichen Kontrollausschüsse anzuerkennen; ihnen Räume und Hilfskräfte zur Verfügung zu stellen und mit allen Mitteln zu unterstützen.

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu eruchen, bei der kommenden Neuregelung der Beamtenbeholdung darauf hinzuwirken, daß dabei nach folgenden Grundsätzen verfahren wird:

Anstelle der bisherigen 13 Gehaltsgruppen und der Sondergruppen

- 1) werden drei Gehaltsgruppen gebildet;
- 2) das Grundgehalt wird wie folgt festgesetzt:
 - a) ledige kinderlose Beamte: Gruppe 1: 312000 Mark, Gruppe 2: 384000 Mark, Gruppe 3: 468000 Mark.
 - b) verheiratete kinderlose Beamte: Gruppe 1: 456000 Mark, Gruppe 2: 528000 Mark, Gruppe 3: 612000 Mark.
- 3) weibliche Beamte beziehen das gleiche Gehalt wie die männlichen;
- 4) für jedes zu unterhaltende Kind im Alter bis zu 14 Jahren wird ein Zuschlag von monatlich 6000 Mark, für jedes unterhaltende Kind im Alter von 14 bis 18 Jahren ein Zuschlag von monatlich 8000 Mark, für jedes weitere zu unterhaltende Person ein Zuschlag von monatlich 10000 Mark gewährt.
- 5) die Vorklassen fallen fort; in Orten mit besonderen Lebensverhältnissen wird ein Sonderzuschlag von 10 Prozent zu familiären Bezügen gewährt.
- 6) die Bezüge der Altrentner und Hinterbliebenen sind entsprechend zu erhöhen.

Es gibt noch Küster in Preußen.

Der Prozeß der böhmischen Reichswehrsoldaten, deren Angelegenheit die kommunistische Presse in die Öffentlichkeit gebracht hat, ist abgeschlossen. Das Urteil ist so gefällt worden, wie es bei preussischen Richtern zu sein pflegt. Der Staatsanwalt beantragte für die „Hauptbeteiligten“ Gefängnisstrafen von 18 bis 26 Monaten, für die übrigen Gefängnisstrafen von 2 bis 6 Monaten und weniger, das hohe Gericht erteilte für zwei der „Hauptbeteiligten“ 38 Monate Gefängnis, für zwei weitere 18 Monate, für die übrigen Gefängnisstrafen von 1 Jahr und 3 Monaten, 19 von den 96 Angeklagten wurden freigesprochen.

Als dem Prozeß selbst ist zu berichten, daß die „Mentoren“ entstand, weil die Offiziere die Mannschaften in gut preussischer Weise behandelten. Einer dieser kaiserlichen Leutnants, ein gewisser Beißel titulierte die Mannschaften mit Schweinehund, drohte ihnen, er werde sie in die Schanzel schlagen, daß sie in die Erde fliegen“ und verweigerte auf einem 30 Kilometer langen Übungsmarsch das Bereitstellen von Wasser. Ein Hauptmann Schüler versah ebenso. Als die Mannschaften im Wohnzimmer Arbeiterlieder sangen, wurde ihnen das vom Unteroffizier natürlich verboten. Das ist klar, wenn man bedenkt, daß die Kaiserbilder lustig in der Kaserne herumhingen, und daß der Herr Staatsanwalt durchaus nicht begreifen konnte, daß eine deutsche Truppe menschen kann, weil der Dienst so schwer ist und weil die Kaiserbilder noch nicht entfernt sind. Der Staatsanwalt war nur ein mildes Sprachrohr der Herren Offiziere.

Wichtig an dem Prozeß ist ein Umstand, den der Berichterstatter des „Vorwärts“ etwas süßlicher wiedergibt. Die Soldaten nämlich, die im Walde eine Versammlung abhielten, bestanden bestimmte Forderungen an die Offiziere, nämlich: Aufhebung der Steuerzuschläge, bessere Behandlung, weniger Dienst, Entferrnung der Kaiserbilder und miltärischer Offiziere, aber auch Befreiung öffentlicher Gebäude, Befreiung von Offizieren und Schaffung einer Arbeiterregierung (speziell bei diesen Beratungen der natürlich unklaren, Soldaten eine Rolle. In der Gerichtsverhandlung wurde festgestellt, daß ein Zusammenhang der Vorgänge mit kommunistischer Agitation nicht behauptet werden kann. Das belegt, daß selbst die systematisch verblödeten Reichswehrsoldaten auf Bedankengänge hören, die in der Richtung einer Arbeiterregierung liegen.

In dem Prozeß ist wichtig, daß die preussische Klassenpolitik gegen die Angehörigen und uniformierten Soldaten und Mittel des preussischen Staates mit derselben Brutalität vorgeht, welche die Militärjustiz unter Wilhelm auszeich-

Es muß an diesem Prozeß aller Reichswehrpolkaten beteiligt werden, was, nach Auffassung der Machthaber, die Reichswehr sein soll, und die Ausführung dieser Truppen, die aus Unwillkürlichkeit und Verbrechen zu jeder Schandtat gegen die Arbeiterklasse bereit sein können, muß energisch betrieben werden. Aber auch die Arbeiter der RPD, sind auf das Freiden der dem Radbruch unterstellten Justiz nachdrücklich aufmerksam zu machen.

Der Rathenau-Mord vor Gericht.

Vor dem Staatsgerichtshof in Leipzig begann am Dienstag vormittag der Prozeß gegen die Täter, Mitwisser und Begünstiger des Rathenau-Mordes, der sich als ein großangelegtes Komplott rechtsstehender Organisationen darstellt. Kern und Führer sind bekanntlich auf Burg Saaleck in bisher noch unaufgeklärter Weise „erledigt“ worden. Tschow, der das Mordauto als Chauffeur lenkte, sitzt mit seinem jüngeren Bruder, ferner dem Ludendorff- und Heiserich-Freund Willi Günther, dem berüchtigten Werner Voh und anderen, im ganzen 13, auf der Anklagebank. Die übrigen sind schon vorher vom Staatsgerichtshof auf freien Fuß gesetzt worden.

Der Andrang im großen Saal des Reichsgerichtshofes ist außerordentlich groß. Zuschauer, Presseleute usw. sind überfüllt. Es wird im ganzen Reichsgerichtshofgebäude eine scharfe polizeiliche Kontrolle ausgeübt.

Der Vorsitzende des Staatsgerichtshofes, Senatspräsident Dr. J. G. S. eröffnete kurz nach 9 Uhr die Sitzung. Die 13 Angeklagten (von 12 Rechtsanwältinnen verteidigt) zeigten sämtlich den Typus der Freispor- und Ballistenerziehung, der sie als abenteuerliche und sich wichtig fühlende unreihe Burthen im Dienst höher stehender Hintermänner sowie deutschnationaler Organisationen angehöhen. Nach Verteidigung der Besitzer, unter denen sich neben 4 Reichsgerichtsräten im Ornat auch der frühere Reichsfinanzminister, Rechtsanwalt Fehrenbach, Professor v. Salfer sowie die Sozialdemokraten Hildebrand und Jaedel in Zivil befinden, beantragt Justizrat Jahn, der Staatsgerichtshof solle sich als verfassungswidrig und unzuständig erklären und die Sache an das Schwurgericht verweisen.

Nach längerer juristisch-politischer Begründung durch den Antragsteller, der sich auf Gutachten zumeist monarchistischer Sachwalter beruft und den Staatsgerichtshof als ein unter dem Druck der Straße und der Gewerkschaften entstandenes Produkt bezeichnet, tritt Oberreichsanwalt Ebermeyer für die Zuständigkeit ein.

Der Staatsgerichtshof erkennt nach kurzer Beratung demgemäß. Justizrat Jahn lehnt hietaus die Zusammenführung des Gesamtgerichts ab, weil es nach politischer Rücksicht gewählt sei; ferner im besonderen die nichtrichterlichen Beisitzer vor allem die sozialistischen Hildebrand und Jaedel, Brandes, Müller, dann aber auch den Vorsitzenden Dr. J. G. S. und die Beisitzer, weil sie sich als Republikaner für die Anwendung des Strafbefehls ausgesprochen haben. Er lehnt dabei nicht einmal die Namen der amtierenden Beisitzer, nimmt daher den Antrag auf Ablehnung der Beisitzer zurück. Dem Gesamtantrag auf Ablehnung tritt R.-A. Goldhütter namens der nicht deutschnationalen Verteidiger entgegen (es gibt also zwei Verteidigergruppen). Der Oberreichsanwalt erwidert, es hätte in seiner Praxis niemals politisch voreingenommene Richter oder Staatsanwälte gegeben. (1) Das Gericht erklärt die Ablehnung für unbegründet und tritt nunmehr endlich um die Mittagszeit in die Verhandlung ein.

Nach Wiedereintritt in die Verhandlung schildert der Vorsitzende Dr. J. G. S. den Mordvorgang an Hand eines großen Lageplans und der Anklageschrift. Es werden die bekannten Vorgänge mit dem Mordauto, den Vorbereitungen der Tat und die Beschaffung der Maschinenpistole gestreift. Nach vollbrachtem Mord äußerte Tschow zu seinen Kumpanen: „Die Sache hat geklappt, Rathenau liegt.“

Als erster wird der Hauptangeklagte Ernst Werner Tschow unter der Beschuldigung des Mordes über seine Personalkarte vernommen. Er ist 21 Jahre alt und gibt an, daß er mehreren militärischen Formationen sowie der Organisation S. angehört. Sodann wird sein jüngerer Bruder, Hans Tschow, aufgerufen. Er hat Beziehungen zum Mordkomplott, gehört der Organisation S., dem Deutschvölkischen Schutz- und Trugbund und ähnlichen antisemitisch-nationalistischen Verbänden an, obwohl er zur Zeit des Mordes erst Oberleutnant war. Willi Günther, der mit Ludendorff und Heiserich in freundschaftlichem Briefwechsel stand, gibt zu, mehrfach vorbestraft und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt worden zu sein. Er war, wie die meisten Angehörigen, beim Rapp-Putsch beteiligt, ge-

hörte dem Deutschvölkischen Schutz- und Trugbunde an, ebenso auch dem Deutschen Offiziersbunde. Mit der deutschnationalen Volkspartei hatte er finanzielle Differenzen. Justizrat Jahn der Führer der deutschnationalen Verteidigerbank, erklärte, daß Günther aus der Deutschnationalen Volkspartei, die mit ihm nichts mehr zu tun haben wolle, ausgeschlossen sei. Auch die übrigen ausgerufenen Angeklagten gehören größtenteils der Brigade Ehrhardt, dem Selbstschutz Oberschlesien, dem Verband nationalgestimmter Soldaten, den Ballistenerziehern und sonstigen reaktionären monarchistischen Verbänden an. Nicht anwesend ist Günther Brand von der Sturmkompanie der Brigade Ehrhardt, der schließlich und schließlich verfolgt wird. Einige andere sind merkwürdigerweise von der Anklagebehörde des Staatsgerichtshofes von vornherein trotz schwerer Verdachtsmomente



Zentrorgan der kommunistischen Jugend Deutschlands.

Nr. 2 wochentlich erschienen! Preis 8,- Mk.

Aus dem Inhalt:
Der Kampf beginnt! — Ein Lehrling- und Jungarbeiterstreik auf den Werften in Hamburg. — Der Reichsbetriebsratkongress muß der Jugend helfen! — Die Börsenbestie, von Heggblom. — Die Rot, von Max Barthel. — Die deutsche Volkswirtschaft, Fortsetzung von Fritz Wanderer. — Internationaler Jugendtag in Petrograd. — Morgen, von Gottfried Keller. — Ein Schächer noch im Sterben. — Aus der Bewegung: Von kommunistischer Opferbereitschaft. — Die R. J. in Schlesien. — Zum Schutze der Republik.
Zu beziehen durch alle Funktionäre der kommunistischen Jugend oder durch die Produktivgenossenschaft e. G. m. b. H., Breslau 1, Nikolaistraße 40/50.

auf freien Fuß gesetzt worden. Gegen den Besitzer der Burg Saaleck, Dr. Wilhelm Stein, bei dem die Rathenau-Mörder Kern und Fischer Unterschlupf gefunden hatten, ist das Verfahren im letzten Augenblick abgetrennt worden. Das ist ebenso merkwürdig, wie die ganze Verfolgungsumstände und der letzte Akt auf der Burg Saaleck. Ein Seitenstück dazu bietet die Abtrennung des Verfahrens gegen die Organisation S. im Offenburger Erzberger-Mordprozeß, wo gerade an den politischen Kernpunkten vorbeigehandelt und auch der diesmal im Hintergrund bleibende Stellvertreter

Ehrhardts, Kapitänleutnant Killinger, freigesprochen wurde. Ist doch Killinger auch diesmal bereits aus dem eingeleiteten Verfahren entlassen worden.

Von den übrigen Angeklagten trat noch besonders selbstbewußt der jugendliche Warnede auf, der aus der Sturmkompanie Killingers hervorgegangen ist und die Sprengattentate gegen die „Hamburger Volkszeitung“ und die Wohnung unleser Genossen Thälmann verübte. Ausführender Urheber des Mordes, den Kapitänleutnant Karl Zilleßen, eingegangen. Dieser Zilleßen (eine feine Familie) ist ebenso wie der Angeklagte Waack, auch an dem Mordverbrechen gegen Scheidemann beteiligt. Gegen diese wie gegen die Hamburger Attentäter ist man noch immer nicht aus dem Stadium der Voruntersuchung herausgekommen. Zilleßen, der wie die meisten Angeklagten, angeblich vernehmungsgemäß keine Beziehungen zur Organisation S. leugnet, gehört dem Verband nationalgestimmter Soldaten und dem „Neudeutschen Bunde“ an, der hauptsächlich auch als Selbsterhalter in Frage kommt. Gerade in der Aufklärung der finanziellen Hintergründe aus Schwerindustrie und monarchistischen Kreise hätte der Staatsgerichtshof eine wichtige Aufgabe zu lösen, wenn es ihm auf gründliche Arbeit und nicht nur auf ein paar juristische Fiktionen gegenüber den Werkzeugen einflussreicher Hintermänner ankommt.

Als letzter Angeklagter wurde am Dienstag noch Werner Voh aufgerufen, der angibt, im Jahre 1918-19 Mitglied der RPD gewesen zu sein. Auf eine Frage des Vorsitzenden lehnt er jede Beziehung zu den Kommunisten (wie sie von Ludendorff behauptet wurde) ab.

Nachdem alle anwesenden Angeklagten zu ihren Personalkarten vernommen worden sind, wird die ganze Mittwochsitzung die Vernehmung der Angeklagten zur Sache ausfallen. Die Vernehmung der bisher geladenen 25 Zeugen wird nicht vor Donnerstag beginnen. Da für die Wäldopers mehrere Tage in Aussicht genommen sind, wird der Prozeß voraussichtlich erst in nächster Woche zu Ende gehen.

Schlesische Rundschau.

Schöne Versprechungen für Oberschlesien.

Am 4. Oktober fand im preussischen Landtag eine große Oberschlesiendebatte statt. Von allen Parteien, von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten, wurde den Oberschleslern Hilfe versprochen. In hochtönenden Worten versprachen alle Vertreter der kapitalistischen Parteien, den mitleidigen Schulverhältnissen und dem großen Wohnungselend zu steuern. Genosse P. i. e. d., der für die kommunistische Fraktion sprach, zeigte, daß die Lage des Arbeiters in Oberschlesien ebenso erbärmlich ist wie im Reich. Das Mißverhältnis zwischen Löhnen und Preisen ist so groß, daß es zu blutigen Anrufen führen muß. Durch all die Anträge wird nicht eine einzige Wohnung geschaffen und nicht eine Flüchtlingsfamilie satt. Alle diese Pflichten können nicht. Nur die Errichtung der proletarischen Diktatur kann Abhilfe schaffen.

Die Versprechungen der Parteien für Oberschlesien haben einen ganz bestimmten Zweck. Es finden ja demnächst in Oberschlesien die Reichstagswahlen statt. Da muß rechtzeitig Propaganda gemacht werden. Deshalb verspricht jede der Stimmzettelparteien den Oberschleslern jetzt das Blaue vom Himmel herunter, damit sie recht viel Stimmen ergattert. — Alle Versprechungen, selbst die Versicherung der Regierung, das (bankrotte) Reich werde Oberschlesien zuerst unterstützen, werden dem ober-schlesischen Proletariat wenig nützen. Geld und Brot werden mit der Forderung fortgeschritten und nur der geschlossene Kampf der Arbeiter Oberschlesiens mit den Arbeitern im ganzen Reich wird Rettung bringen.

Gewerkschafts-Bewegung.

Der Streik der Chamotteindustrie.

Am 9. September 1922 fanden Lohnverhandlungen in Orlitz statt, die zu keinem Ergebnis führten. Am 11. 9. Tagte der Schlichtungsausschuß in Orlitz, der die Löhne auf 56 Mk. pro Stunde festsetzte. Dieser Spruch wurde von den Delegierten sowie von der Ouleitung abgelehnt, was auch von den Arbeitern gutgeheißen wurde. Am 19. 9. wurde von der Belegschaft der Firma Segersdorf u. Co um 3 Uhr nachmittags die Arbeit niedergelegt. Notstandsarbeiten sollten verrichtet werden. Als solche wurde von der Ouleitung auch aus volkswirtschaftlichen Gründen das

Drei Menschen

Roman von Maxim Gorki.

Er war heiß in Angst, wenn sie sich einen letzten Fund machten, nahm den gefundenen Gegenstand rasch aus Njas Händen und versteckte ihn in seinem großen Sack. „Da hab ich mal wieder einen hübschen Fisch gefangen!“ rief Nja, von seinem Erfolg begeistert. „Schweig doch, Junge — Schweig still, mein liebes Kind!“ verbot die Alte freundlich, und die Tränen rannen und rannen aus seinen großen, geröteten Augen. „Guck nur, Großvaterchen — was für ein mächtiger Knochen!“ schrie Nja von neuem.

Die Knochen und Lumpen beunruhigten den Alten nicht. Er nahm sie aus den Händen des Knaben, reinigte sie mit einem Span vom Schmutz und steckte sie ruhig in seinen Sack. Auch für Nja hatte Großvater Jeremej einen kleinen Sack genäht, und auch einen Stiel mit eiserner Spitze hatte er ihm geschenkt. Und der Junge war nicht wenig stolz auf diese Auszeichnung. In seinem Sack sammelte er allerhand Körner, zerbrochene Spielzeuge, hübsche Scherben, und es machte ihm Bergnügen, diese Säckelchen in dem Sack auf seinem Rücken zu wägen und zu hören, wie sie klapperten und klirrten. Der alte Jeremej hatte ihn dazu angehalten, all diesen Kleinram zu sammeln.

Sammle dir nur diese hübschen Sachen, und trag sie mit nach Hause. Wirft sie dort unter die Kinder verteilen, wirst ihnen Freude machen. Wenn hat's der Herr, wenn der Mensch keinen Bräutigam eine Freude macht. Ach du mein lieber Sohn! Alle Menschen sehnen sich nach Freude, und doch ist so wenig Freude, so wenig, wenig Freude in der Welt! So wenig, daß mancher Mensch sein Leben lang niemals der Freude begegnet, niemals!

Das Suchen auf den städtischen Abladestellen gefiel Nja besser, als das Ablappern der Höfe. Dort, auf den öffentlichen Abladestellen, gab es keine Menschen außer zwei, drei ebensolchen alten Rentnern, wie Jeremej war, die gleichfalls in den Müllhaufen wühlten. Hier dagegen mußte man immer ängstlich nach allen Seiten Umschau halten, ob nicht etwa der Hausmeister kam, mit dem Besen in der Hand, und sie unter heftigen Scheltworten oder gar mit Schlägen vom Hofe jagte. Jeden Tag sagte Jeremej zu seinem Begleiter, wenn sie etwa zwei Stunden lang ihre Nachforschungen fortgesetzt hatten:

Genug für jetzt, Njusha — genug, mein Lieber! Holten uns ein Weilschen legen und ausruhen, eine Kleinigkeit essen.“

Er holte ein Stück Brot aus seiner Tasche hervor, bekreuzte sich und zerbrach das Brot. Nun aßen sie beide, und als sie gegessen hatten rasteten sie wohl eine halbe Stunde, am Rande der Schlucht gelagert. Die Schlucht öffnete sich nach dem Flusse hin, und sie konnten diesen ganz deutlich sehen. Als breiter, silberglänzender Streifen wälzte er langsam seine Fluten an der Schlucht vorüber, und wenn Nja dem Spiel seiner Wellen folgte, verspürte er in sich den lebhaften Wunsch, mit ihnen zugleich irgend wohin zu gleiten. Jenwärts des Ufers dehnten sich die fahlgelbsten grünen Wiesen, Heuschaber ragten auf ihnen gleich grünen Türmen empor, und weit am Horizont hob sich die dunkle, zackige Linie des Waldes vom blauen Himmel ab. Eine ruhige, milde Stimmung lag auf der Wiesenlandschaft — man spürte, daß dort drüben eine reine, durchsichtige, lieblich duftende Luft wehte. Und hier war es so stickig von dem Geruch des gärenden Mülls; dieser Geruch legte sich, beklemmend auf die Brust und kitzelte die Nase, und wie dem Alten, so rannen auch Nja davon die Tränen über die Wangen.

„Schau Nja, wie groß und weit die Erde ist!“ sprach Jeremej. „Und überall leben Menschen auf ihr — leben und quälen sich. Und vom Himmel schaut der Herr auf sie nieder, und er sieht alles und weiß alles. Was der Mensch auch denken mag, alles ist ihm bekannt, darum ist ihm auch der heilige Name gegeben: der allwissende Herr Gott Jehoschua Jesus Christus. Er weiß alles, denkt an alles. Vor den Menschen kannst du die Sündenleiden auf der Seele verbergen, vor ihm aber verbirgst du sie nicht, er sieht alles. Er denkt bei sich von dir: Ach du Sünder, du unglücklicher Sünder! Wart, ich werde dich strafen — und kommt die Stunde, dann straft er dich, hart straft er dich.“ Er hat Menschen gebeten: Liebet einander — und er hat es so gefügt, daß die, welche die Menschen nicht lieben, auch von niemand geliebt werden. Einjam leben solche Menschen, und schwer ist's ihnen auf der Welt, und keine Freude haben sie.“

Nja lag auf dem Rücken, schaute zum blauen Himmel empor und konnte seine Grenzen nicht erschauen. Schwermut und Schläfrigkeit befiel ihn — undeutliche, weitaufgehende Bilder traten vor seine Seele. Es war ihm, als ob am Himmel droben ein gewaltiges, durchsichtiges Ares, mit wärmendem, zugleich gutem und strengem Wesen dahinschwebte, und daß er, der kleine Knabe, samt dem alten Großvater Jeremej und der ganzen Erde sich in jene endlosen Weiten mit ihrem blauen Schimmer und ihrer leuchtenden Reinheit erhob. Und sein Herz ward erfüllt vom Gefühl einer stillen, ruhigen Freude.

Am Abend, wenn sie heimkehrten, betrat Nja den Hof mit der wichtigen, selbstbewußten Miene eines Menschen, der

sein Tagewerk ehrlich vollbracht hat. In dem berechtigten Wunsch nach Ruhe hegte er durchaus keine Lust mehr, sich mit solchen Albernheiten abzugeben, wie sie anderen kleinen Knaben und Mädchen gefallen. Allen Kindern auf dem Hofe schloß er durch seine solide Haltung und den Sach auf seinem Buckel, in dem verschiedene interessante Karitäten steckten, eine entschiedene Hochachtung ein.

Der Großvater lächelte den Kindern freundlich zu und scherzte mit ihnen:

„Seht, Kinder, da sind die Lazarusse heimgekommen! Die ganze Stadt haben sie abgesehen. Überall haben sie die Nase reingesteckt! ... Geh, Nja, wach dir das Gesicht und komm dann in die Schenke und trinke.“

Nja ging mit gewichtigem Schritt nach seinem Winkel im Keller, und der Schwarm der Kinder folgte ihm dabei und bespülte unterwegs vorsichtig den Inhalt seines Sackes. Nur Pascha verstellte ihm den Weg und fragte lech:

„Na, Lumpenstümmer! Zeig mal, was du mitgebracht hast.“

„Wirft doch warten können“, verbot Nja streng. „Lach mich erst Tee trinken, dann zeig ich's euch.“

In der Schenke empfing ihn Onkel Serentij mit freundlichem Lächeln:

„Na, kleiner Arbeitsmann, bist du da? Hast dich wohl recht müde gelaufen, mein lieber Junge?“

Nja hörte es gern, daß man ihn einen Arbeitsmann nannte, und er erhielt diesen Titel nicht bloß vom Onkel. Eines Tages hatte Pascha irgendeinen dummen Streich gemacht, und Vater Stawel hatte seinen Kopf zwischen die Krallen genommen und ihm eine gehörige Tracht Prügel verabfolgt.

„Dir will ich's belorgen, Schelm du! Du sollst mir noch mal frech werden. Da hast du! Da — und noch eins! Andere Kinder in deinen Jahren verdienen sich selber ihr Brot, und du kannst nichts als fressen und die Kleider zerreißen!“

Pascha schrie, daß es im ganzen Hause widerhallte, und zappelte mit den Beinen, während der Stiel auf seinen Buckel niederfauchte. Nja hörte nicht ohne Demütigung die Schmerzensschreie seines Feindes, und zugleich erfüllten ihn die Worte des Schmiedes, die er auf sich bezog, mit dem Bewußtsein seiner Ueberlegenheit über Pascha. Das weckte andererseits in ihm das Mitleid mit dem Unbegünstigten.

„Onkel Stawel, hör doch auf!“ rief er plötzlich. „Onkel Stawel!“

(Fortsetzung folgt.)

Entladen der Waggons betrachtet. Diese Arbeiten wurden auch die ersten Tage verrichtet. Diese als Notstandsarbeiten betrachteten Leistungen würden von den Arbeitern sehr mäßig bezahlt. Aber durch große Reden kam doch der Beschluß: Die 12 Waggons wurden von 24 Mann entladen. Die Arbeitgeber brachten einen Aufruf heraus, nach dem die Arbeiter, wenn sie Montag, den 25. 9. die Arbeit nicht aufnehmen, als entlassen gelten. Nach Verschärfung des Streiks wurde von der Belegschaft das Entladen der Waggons eingestellt. Am Streik beteiligten sich etwa acht Fabriken der Hamotteindustrie mit circa 5000 Arbeitern. Die Kampflinien der Arbeiter ist in der zweiten Woche eine gute. In Dunschau beträgt die Belegschaft etwa 200. Bisher fanden sich auch hier Streikbrecher, die, um ihren Verrat an den streikenden Arbeitern zu bedenken, aus dem Verband der Maschinisten und Heizer austraten. Als Grund geben sie an, als Angestellte betrachtet zu werden. Als Zuflucht dient ihnen nun der Werkmeisterverband. Die Namen der beiden lauberen Herren sind: Josef Olsch und August Judalla. Die Arbeiter müssen mit diesen Herren sofort bei Wiederaufnahme der Arbeit gründlich abrechnen.

Dieser Bericht, der von einem Streikenden ausgeht, zeigt wieder einmal deutlich das Gesicht der Gewerkschaftsbürokraten. Er zeigt, wie sie besorgt sind um die Kapitalisten, und in diesem Interesse alles tun, den Kampf der Arbeiter zu schwächen. Was hätte es denn geschadet, wenn die Arbeiter die Waggons nicht entladen hätten? Schlimmstenfalls wären sie wieder abgerollt worden und die Kapitalisten hätten die Steine später zu erhöhten Preisen kaufen müssen. Gabe sie aber den Gewinn verschmerzten, hätten sie schließlich den Arbeitern lieber die Forderungen bewilligt. Es ist ein offener Betrug der Gewerkschaftsführer an den Streikenden, das Entladen von Steinen als Notstandsarbeiten zu bezeichnen. Notstandsarbeiten sind nur solche, bei deren Unterlassung der industrielle Betrieb, also das Werk selbst, nicht die kapitalistische Wirtschaft Schaden erleidet. So z. B. die Verhütung des Ausblasens von Hochöfen, die hernach nicht wieder in Gang gebracht werden können. Daß die Gewerkschaftsführer das Entladen der Waggons als Notstandsarbeit bezeichnen, liegt ganz in der Linie ihrer Politik. Wenn es umginge, würden sie jeden Streik verbieten. Dieses Verhalten der Bürokraten macht es jedem Klassenbewußten Arbeiter zur Pflicht, mit an der Revolutionierung der Gewerkschaften zu helfen.

Aus der Partei. An unsere Ortsgruppen!

Wir berufen hiermit für Sonntag, den 8. Oktober den **Bezirksparteitag** nach Breslau ein.

Tagesordnung:

1. Bericht der Bezirksleitung.
2. Das Programm der Partei und Stellungnahme zum Weltkongress der Kommunistischen Internationale.
3. Unsere Agitation unter dem weiblichen Proletariat.
4. Erledigung von Anträgen.
5. Wahlen.
6. Verschiedenes.

Der Parteitag beginnt am Sonntag, den 8. Oktober, vorm. 9 Uhr, im Saal des Artillergartens, Neue Gasse 25, an der Promenade, in Breslau.

Wir bitten die Ortsgruppen, die Delegierten durch die Mitgliederberatsammlungen zu wählen. Die Delegationskosten tragen die Ortsgruppen selbst, da dem Bezirk hierfür keine Mittel zur Verfügung stehen. In finanzschwachen Ortsgruppen und Kreisen wollen die Kreisleiter unter den Mitgliedern eine Sammlung zur Deckung der Unkosten für die Delegierten veranstalten, um auch ihnen den Besuch des Bezirksparteitages zu ermöglichen.

Die Bezirksleitung der KPD, Bezirk Schlesia.

Notales.

Ein Pfund Zucker mehr als 70 Mark.

Eine bürgerliche Breslauer Zeitung läßt sich aus Berlin melden: Wie das B. Z. hört, sind die Rubensfabrikanten mit ihrer Forderung auf Senkung des Zuckers bis auf rund 400 Mark pro Zentner bei der Regierung durchgebrungen. Demgemäß dürfte bereits in allerhöchster Zeit der Zuckerspreis von 2500 Mark auf 5000 Mark pro Zentner steigen. Infolge der Erhöhung der Zuckerspreise, Zuckergebühren und Produktionskosten wird man im Großhandel mit einem Preis von rund 2000 Mark pro Zentner rechnen dürfen. Da der Preis für Anbaubäcker nur 7500 Mark beträgt, wird die Differenz zwischen beiden Zuckerarten bedeutend verringert sein.

Der jetzt in Halle tagende große Ausschuß des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat an das Reichserschulungsministerium ein Delegationen gerichtet, in dem dagegen protestiert wird, daß der Zuckerschnitt, die lediglich ein Organ des Zuckerschnitts sei, Verfügungsgewalt über die ganze deutsche Zuckerschnitt geben werden soll. Das Delegationen erachtet die bereits angeragten Vorschläge zur Bildung eines Gemeinwirtschaftsverbandes unter aufstrebender Mit-

wirkung der durch die Gewerkschaften vertretenen Verbraucher bei der Verteilung und Preisbildung.

Die Stinnesregierung der KPD, die den erhöhten Zuckerspreis. Sie sanktioniert den Zuckerschnitt. Die gelben Gewerkschaften protestieren. Der KPD wird nichts anderes tun. Die Rubenszeuger aber werden das Ge-

Frauen-Konferenz der KPD. / Bezirk Schlesia

Sonnabend, den 7. Oktober 1922, nachmittags 4 Uhr, findet im Büro der Bezirksleitung (Breslau, Nikolaistraße 49/50, 1.) eine **Vorbereitung** statt. **Eröffnung** der Konferenz um 5 Uhr abends bei Dinnick, Mauritiusstraße Ecke Garbestraße.

Tagesordnung:

1. Das wachsende Gland und die Frauen. Genossin Baum - Berlin.
2. Bericht von der Reichs-Frauenkonferenz. Genossin Kupke.
3. Unsere weiteren Aufgaben.
4. Verschiedenes.

Zur Konferenz haben zu erscheinen:

Alle Mitglieder der **Bezirks-F.A.R.**, Mitglieder der **örtlichen F.A.R.** und wo solche noch nicht bestehen, eine **Genossin von jeder Ortsgruppe**. Die **Unkosten** haben die Ortsgruppen zu tragen. Für **Nachquartiere** wird gesorgt. Die delegierten Genossinnen können als **Gäste** am Parteitage am nächstfolgenden Tage teilnehmen.

Die Bezirksleitung / Abtl. Frauen

forderte erhalten. Der Zuckerspreis wird auf 70-80 und noch mehr Mark steigen. Und die Arbeiter müssen ihn bezahlen.

Weltliche Schule.

Wegen Einschulung der Kinder finden am Freitag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr,

zwei Elternberatsammlungen

statt. 1. In der Aula der Viktoriaschule, Blücherstraße 9/13. 2. in den Subertuskäfen, Friedrich-Wilhelmstraße. Alle Eltern angemeldeter Kinder müssen erscheinen.

Die freie Elternvereinerung.

Distrikte 10 und 11. Heute, Freitag abend 8 1/2 Uhr, in der Schule Brodamerstraße 12-14, Zimmer 3, Kurusaabend-Referent ist anwesend. Alle Genossen, Sympathisierende und Zeitungslieferer, sind eingeladen.

Frankenstein.

Es geht wieder aufwärts! In Frankenstein ist die Ortsgruppe der KPD vor circa einem Jahr eingegangen. Jedoch haben viele in dieser Zeit erkannt, daß sie durch das schloße Benehmen der KPD, am Orte immer tiefer ins Gland sinken. Es regt aber erkannt die Genossen die Notwendigkeit, sofortige Schritte zu unternehmen, um aus dem Gland herauszukommen, als sie das Referat des Reichstagsabge-

Offene Abteilungs-Versammlung

der KPD, Ortsgruppe Breslau, Distrikte 6, 7, 8 und 9 am Freitag, den 6. Oktober 1922, abends 7 1/2 Uhr im Etablissement „Sansoncie“ Mehlgasse Nr. 11

Referat: Das Reichsministerium zu seiner Auswirkung.

Alle Parteigenossen, Sympathisierende und Leiter der „Schlesischen Arbeiter-Zeitung“ sind eingeladen. Es wird gebeten, Eintrittskarte an diesem Tage nicht abzuhalten.

ochmeten Hartleib von der KPD vor ungefähr 14 Tagen verfolgte, welcher mit mächtigen reaktionären Zonen gegen die Kommunisten vom Leder zog. Diese Verleumdungen konnten einige überzeugte Genossen ihren kämpfenden Brüdern von der KPD nicht auf den Schultern lassen. Es fand deshalb am 29. September eine öffentliche Volksversammlung der KPD am Orte im Saal des goldenen Löwen statt, die

sehr gut besucht war. Genosse Hamann sprach über das Thema: „Der Weg aus dem Gland“. Die Stimmung war unter den Massen gut; denn Genosse Hamann legte den Massen in klaren Worten dar, in welcher Weise das Arbeiter Volk ins Gland gezogen worden ist und zeigte den Weg, aus dem Gland herauszuführen. Es wurde ihm großer Beifall gezollt. Versammlungsleiter war Genosse Alois Blasch, welcher schon früher die Ortsgruppe leitete.

In der Diskussion sprach Herr Mater - Frankenstein, Redakteur des „Proletarier“. Da derselbe das Referat nicht überlegen konnte, brachte er persönliche und örtliche Argumente hervor und zog zuletzt gegen den Versammlungsleiter, Genossen Blasch ins. Über alle von ihm hervorgebrachten fausthiebigen Äußerungen an der übergroßen Mehrheit ab. Auch der Rechtsanwalt Kuron wagte sich einige Worte für seine Zentrumspartei zu sprechen, fand aber wenig Anklang. Ein Stadthalter besuchte dem Genossen Hamann das Schlusswort zu entziehen. Das Eingreifen des Versammlungsleiters, der bemerkte, daß ruhig diejenigen den Saal verlassen können, die nicht die Wahrheit wissen wollen, trug allmählich Ruhe ein. Die übergroße Mehrheit blieb bis zum Schluss. Der Erfolg war die sofortige Gründung einer Ortsgruppe. - Nun kann Herr Redakteur Mater sich beruhigen. Jetzt wird sich die totgeglaubte KPD erst mal mit seiner Partei beschäftigen und mit der Wahrheit an die Front treten.

Die neuerstandene KPD wird sich trotz der Verleumdungen aufwärts entwickeln, trotz alledem!

K * P * D

Kommunistische Partei Deutschlands (Bez. Schlesia)

Bezirksleitung: Büro und Kasse: Breslau, Nikolaistraße 49/50. Fernsprecher Ring 883. Adresse: Alfred Dohner, Breslau 1, Nikolaistr. 49/50. Postfachkonto Breslau 58864, Alfred Dohner.

Bezirksparteitag: Sonntag, den 8. Oktober 1922 vormittags 9 Uhr, im Artillergarten, Neue Gasse.

Unterbezirk Breslau.

Sämtliche Distriktsleiter haben die Sammellisten für den Bezirksparteitag abzuliefern.

Sämtliche Bezirksparteitagsdelegierte sind verpflichtet, Freitag abends 7 Uhr, im Parteibüro zu erscheinen.

Distrikt 13: Freitag, den 6. Oktober, abends 7 1/2 Uhr, im Hängel, Jobststraße 26. Berjammlung. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. Sammellisten sind mitzubringen.

Kommunisten der Linke-Hofmann-Werke: Freitag, den 6. Oktober, sofort nach Arbeitschluss (nachmittags 3 1/2 Uhr) Fraktionssitzung bei Hanusch. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist unbedingt Erscheinen notwendig.

Achtung! Jugendgenossen! Alle Jugendgenossen, die in Metall- und Transportarbeitergenossenschaft beschäftigt sind, haben am Sonnabend, den 7. Oktober, um 7 Uhr abends zu einer wichtigen Besprechung im Parteibüro zu erscheinen.

Achtung! Kurssteilnehmer! Sonntag, den 8. Oktober 1922 fällt der Kursus aus, dafür teilnehmen am Bezirksparteitag der KPD, Schlesia im Artillergarten, Neue Gasse. Es ist Pflicht eines jeden Kurssteilnehmers, unbedingt zu erscheinen, da der Parteitag für unseren Funktionskursus von großer Wichtigkeit ist. - Sonntag nachmittags treffen alle Jugendgenossen(in) um 6 Uhr im Parteibüro zu einer Unterhaltungsabend.

K. J. Funktionäre: Sämtliche Funktionäre der einzelnen Heime haben am Freitag, den 6. Oktober, abends 7 Uhr, im „Mineritenhof“ zu erscheinen.

Unterbezirk Waldenburg.

Altwaßer: Freitag, abds. 6 Uhr, Betriebsfraktionsitzung aller Kommunisten der Fuchssgrube im Eisernen Kreuz in Altwaßer. Erscheinen ist Pflicht aller Genossen.

Reichenbach: Freitag, den 6. Oktober, bei Genossen Mann „Gasthof zur Hofnung“, Uferstraße 17, Öffentliches Mitgliederversammlung. Sämtliche Genossen sowie Zeitungslieferer müssen erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Rangendienst: Sonnabend, den 7. Oktober, abends 8 Uhr, Nebungsabend des Sprechers. - 7 Uhr, Sitzung aller Funktionäre. Abrechnung der Zehnergruppenführer mit dem Hauptkassierer für September. Abrechnung aller Listen für politische Kampagne und Rote Hilfe. Jeder Funktionär hat pünktlich zu erscheinen.

K. J. Rangendienst: Sonntag, den 8. Oktober, früh 9 Uhr bei Dieter Mitgliederversammlung. Wichtig Tagesordnung. Es ist Pflicht der Zehnergruppenführer sowie aller übrigen Genossen, die neu hinzugekommenen Genossinnen und Genossen zu benachrichtigen. - Alle Genossen die der Kreisleitung angehören, müssen schon um 8 Uhr erscheinen, da vorher eine Kreisleiteritzung stattfindet. Die Genossen aus Peterswalbau werden ersucht pünktlich zu Stelle zu sein.

Verantwortlicher Redakteur: Karl Ordi; Inserate: Max Jocher. Druck und Verlag: Produktivgenossenschaft für die Provinz Schlesia, z. B. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Schauspielhaus.
Operntheater.
Telefon 2 2545
106. Heute u. morgen 7 1/2 Uhr:
Die beiden Nachtigallen.
Ebenfalls morgen 3 1/2 Uhr:
Die Langgassen.
Liebig-Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Das große Oktober-Programm
Zeltgarten
Täglich 8 Uhr
Das große Herbst-Programm.

Stern-Kino
Satzstraße 214
Vom 6. - 9. Oktober
Das Escapade
Mit Büchse und Lasso!
1. u. 2. Teil - 12 Akte
mit
Eddi Polo
Mitte Herbstpreis

4000.00 Mark
zahlte i. gaterhaltene
Manser-Fistole
Kal. 7^{er} Holzstutal
kanalisch and. Wafl.
Erich Preußner
Hayna, Ring 31.
Sohlenleder-Ausschnitt
in allen Größen u. Größen
preiswert
Gebr. Tischler
Friedrichstraße 11.
Beachtet
bei allen Einkäufen
immer nur unsere
Inserenten!

Demnächst erscheint:
Das kommunistische Einmaleins

Die allerbilligsten
Anzüge
Stagans
gehr. Hosen
Kaufen Sie am besten
direkt aus der
Werkstatt im
Ferrari-
Bekleidungshaus
Nikolaistr. 48
am Königsplatz
Jahaber
Herrn Partietzke